
FSK-Vorsitz: Armenien**OSZE-Vorsitz: Schweden****82. GEMEINSAME SITZUNG
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
UND DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Mittwoch, 14. Juli 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 12.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan (FSK) (Armenien)
Botschafterin U. Funered (StR) (Schweden)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: DIE ROLLE UND DIE
VERPFLICHTUNGEN DER OSZE BEI DER
VERHÜTUNG UND BEKÄMPFUNG DES
TERRORISMUS IN ALL SEINEN FORMEN –
TRENDS UND HERAUSFORDERUNGEN

– *Vortrag von W. Woronkow, Untergeneralsekretär des Büros der Vereinten
Nationen für Terrorismusbekämpfung*

– *Vortrag von H. Aghasarjan, Nationaler Sicherheitsdienst der Republik
Armenien*

– *Vortrag von M. Norell, Adjunct Scholar am Washington Institute for Near
East Policy und Senior Fellow an der European Foundation for Democracy,
Schweden*

– *Vortrag von É. Denécé, Direktor des Centre Français de Recherche sur le
Renseignement*

Vorsitz (FSK), Vorsitz (StR), W. Woronkow (FSC-PC.DEL/44/21),
H. Aghasarjan (FSC-PC.DEL/42/21), M. Norell, É. Denécé (FSC-

PC.DEL/50/21), Russische Föderation (FSC-PC.DEL/46/21 OSCE+), Schweiz (FSC-PC.DEL/45/21 OSCE+), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC-PC.DEL/51/21), Türkei (Anhang 1) (Anhang 2), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC-PC.DEL/43/21 OSCE+), Georgien (FSC-PC.DEL/52/21 OSCE+), Kanada, Armenien (Anhang 3) (Anhang 4), Vereinigtes Königreich, Frankreich (Anhang 5), Aserbaidschan

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Finanzierungsbeitrag zum Projekt „System für Informationsmanagement und Berichterstattung“ (iMARS) für die Sammlung, Verarbeitung und Berichterstattung über ausgetauschte militärische Informationen: Slowenien* (Anhang 6)
- (b) *Protokollarische Angelegenheiten: FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten betreffend Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats (Albanien), Vorsitz (FSK)*
- (c) *Trinationale Kontaktveranstaltung vom 5. bis 11. September 2021: Litauen* (auch im Namen Estlands und Lettlands) (Anhang 7)

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

82. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 69, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Wir möchten den heutigen Vortragenden für ihre umfassenden Präsentationen danken.

Gestatten Sie mir zunächst, aller Opfer des Terrorismus in all seinen Arten und Erscheinungsformen zu gedenken.

Als Land, das sich seit Jahrzehnten im Kampf gegen verschiedene terroristische Gruppen befindet – insbesondere die PKK/PYD/YPG, Daesch und FETÖ (die Terrororganisation von Fethullah Gülen) –, weiß die Türkei nur zu gut, welch hohen Tribut der Terrorismus der Gesellschaft abverlangt.

Morgen werden wir des fünften Jahrestages des abscheulichen Putschversuchs der Terrororganisation FETÖ gedenken. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um den 251 Bürgerinnen und Bürgern, die am 15. Juli 2016 ihr Leben ließen, unseren Respekt zu erweisen.

Terrorismus und gewalttätiger Extremismus sind weltweite Bedrohungen, die derzeit sowohl in geografischer als auch in taktischer Hinsicht an Breite gewinnen. Terrorismus ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und kann und sollte nicht mit irgendeiner Religion in Verbindung gebracht werden.

Terroristische Gruppen sind in der Lage, neue Technologien wie unbemannte Luftfahrzeuge, Motorschirme, Cybersysteme, Kryptowährungen, künstliche Intelligenz und vieles mehr für ihre böswilligen operativen, finanziellen, Rekrutierungs- und Propagandaaktivitäten zu nutzen.

Die Türkei setzt sich seit jeher an vorderster Front für die Stärkung der bilateralen, regionalen und internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich ein und ist eine entschiedene Unterstützerin der vollständigen Umsetzung des Acquis der OSZE.

Unsere Bemühungen im Rahmen der OSZE einschließlich der auf den Minister-
ratstreffen verabschiedeten Erklärungen ergänzen die weltweiten Anstrengungen unter der
Ägide der Vereinten Nationen.

In diesem Zusammenhang möchten wir Untergeneralsekretär Wladimir Woronkow
unseren besonderen Dank für den umfassenden Überblick aussprechen, den er in seiner
heutigen Videobotschaft geliefert hat.

Die Weltweite Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus
bildet das Rückgrat der diesbezüglichen nationalen und internationalen Vorhaben.

Die Türkei ist Vertragspartei aller Konventionen und Protokolle der Vereinten
Nationen zum Thema Terrorismus. Alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der
Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus werden in der Türkei zügig umgesetzt.

Wir haben auch zahlreiche Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
mit eingebracht, darunter die Resolution 2178, in denen die Bedeutung der internationalen
Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Bedrohung durch ausländische terroristische
Kämpferinnen und Kämpfer und der Finanzierung des Terrorismus hervorgehoben wird.

Die Präsenz von Daesch in Syrien stellt für die Türkei eine ernsthafte Bedrohung
dar – mehr als für jedes andere Land. Infolge der Angriffe von Daesch sind in der Türkei
312 Menschen ums Leben gekommen und wurden mehr als 1 338 unserer Bürgerinnen und
Bürger verletzt.

Die Türkei hat in der Auseinandersetzung mit der Bedrohung durch ausländische
terroristische Kämpferinnen und Kämpfer eine große Last zu tragen.

Die Türkei ist der einzige NATO-Staat, der mit Bodentruppen gegen Daesch kämpft.
Die Türkei ist aktives Mitglied der Globalen Koalition gegen Daesch und führt den Kovorsitz
in deren Arbeitsgruppe zu ausländischen terroristischen Kämpferinnen und Kämpfern. Dank
unseren gut austarierten Anti-Terror-Operationen waren wir in der Lage, diese Bedrohung,
einschließlich der durch den PKK-/PYD-/YPG-Terrorismus aus unserer unmittelbaren
Nachbarschaft zu verbannen. Wir haben ein breites Spektrum an Mechanismen eingeführt,
um den Strom an ausländischen terroristischen Kämpferinnen und Kämpfern zu unterbrechen
oder einzudämmen. Konkret hat die Türkei mehr als 8 000 ausländische Staatsangehörige
abgeschoben, die im Verdacht stehen, als ausländische terroristische Kämpferinnen oder
Kämpfer tätig zu sein. Etwa 100 000 ausländische Staatsangehörige, die nachweislich mit
dem internationalen Terrorismus in Verbindung stehen, wurden auf die Einreiseverbotsliste
unseres Landes gesetzt.

Die Bekämpfung der von ausländischen terroristischen Kämpferinnen und Kämpfern
ausgehenden Bedrohung übersteigt die Möglichkeiten eines einzelnen Landes. Multilaterale
Zusammenarbeit ist ein Muss. Es ist von entscheidender Bedeutung, eine gemeinsame
Vorstellung davon zu entwickeln, wie mit dem Problem der ausländischen terroristischen
Kämpferinnen und Kämpfer zu verfahren ist. Die ordnungsgemäße und rechtzeitige Weiter-
gabe von Informationen durch die Herkunftsländer ist der Schlüssel dazu, ausländische
terroristische Kämpferinnen und Kämpfer daran zu hindern, in Konfliktgebiete zu reisen.

Es ist kontraproduktiv, auf Zeit zu spielen oder den Weg zu wählen, die terroristischen Kämpferinnen und Kämpfer von der Rückkehr in ihre Heimatländer abzuhalten. Damit schiebt man die Auseinandersetzung mit dem Problem nur auf die lange Bank. Wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen festgelegt, sollten ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer von den Herkunftsländern rückübernommen werden. Nur so können sie bestmöglich verfolgt und gegebenenfalls rehabilitiert werden. Die Herkunftsländer, in denen sich ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer radikalisiert haben, sollten Verantwortung übernehmen und auch ihre eigene Politik gegenüber bestimmten Gemeinschaften unter die Lupe nehmen. Nur so lässt sich eine dauerhafte Lösung dieses Problems finden.

Straffreiheit ist bei ausländischen terroristischen Kämpferinnen und Kämpfern keine Option. Die internationale Gemeinschaft kann der PKK/PYD/YPG, die selbst eine terroristische Organisation ist, keinen halbamtlichen Status bei der Inhaftierung und Verurteilung ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer zugestehen. Diese Terrororganisation entlässt derzeit im Tausch gegen finanzielle und politische Vorteile dem Daesch nahestehende Personen aus ihren behelfsmäßigen Haftanstalten. Schätzungen zufolge wurden bisher mehr als 6 000 dem Daesch nahestehende Personen aus dem Lager Al-Haul entlassen. PKK/PYD/YPG und Daesch sind enge Verbündete, die, ohne zu zögern, gemeinsame Sache machen, wann immer es ihren verachtenswerten Interessen dient.

Wir sollten auch nicht aus den Augen verlieren, dass sich die ausländischen terroristischen Kämpferinnen und Kämpfer nicht nur unter den Mitgliedern von Daesch und Al-Qaida finden. Wir haben festgestellt, dass auch viele ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer in Konfliktgebiete reisen, um sich der Terrororganisation PKK/PYD/YPG anzuschließen.

Nicht zuletzt sollten terroristische Organisationen nirgends sichere Zufluchtsorte finden können. Viele Terroristinnen und Terroristen, seien sie Mitglieder der PKK/PYD/YPG, von Daesch oder von FETÖ, nutzen in einigen Ländern das Asylsystem aus. Diesbezüglich sollte die justizielle Zusammenarbeit gestärkt werden und der Grundsatz „Strafverfolgung oder Auslieferung“ muss vollständig umgesetzt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Terrorismus eine große Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Welt darstellt. Die internationale Gemeinschaft sollte keine Unterschiede zwischen terroristischen Organisationen machen und muss mit präventiven, repressiven, Verfolgungs- und strafrechtlichen Maßnahmen gleichermaßen entschlossen gegen alle terroristischen Gruppen sowie deren Mitglieder und Aktivitäten vorgehen.

Die Türkei wird die Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus in der OSZE weiterhin nachdrücklich unterstützen.

Herr Vorsitzender,

ich möchte auch ein paar Worte zu den höchst unglücklichen Aussagen des armenischen Vortragenden über mein Land sagen.

Er betrieb die zur Genüge bekannte Kampagne Armeniens gegen die Türkei, bestehend aus Desinformation und hybriden Angriffen.

Leider führt eine solche Haltung nur zu einer Schwächung der Entschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus auf globaler Ebene und ermutigt terroristische Gruppen.

Wir weisen all die haltlosen Anschuldigungen Armeniens gegen unser Land zurück.

Abgesehen davon, werde ich seine Provokationen und Hasstiraden gegen die Türkei keiner weiteren Antwort würdigen. Unsere Ansichten zu diesem Thema sind bereits in unserer Erklärung festgehalten.

Durch diese zeit- und energieraubende Einstellung wird die gemeinsame Sitzung des FSK und des StR instrumentalisiert und missbraucht.

Sie ist weder der Sicherheit noch dem Dialog dienlich, beides Grundlage und Ziel dieser Organisation.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Ich danke Ihnen.

82. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 69, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI

Herr Vorsitzender,

ich ergreife das Wort, um in Bezug auf die Hasstiraden der armenischen Delegation gegen mein Land von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch zu machen.

Wir weisen diese haltlosen Anschuldigungen gegen die Türkei samt und sonders zurück.

Wir werden keine Zeit und Energie damit verschwenden, auf diese Lügen und Fehlinformationen einzugehen. Unsere Argumente sind hier in der OSZE ja wohlbekannt.

Ich möchte jedoch die Gelegenheit nutzen, um denjenigen, die heute in Eriwan online an der Sitzung teilnehmen, sowie unseren Kolleginnen und Kollegen bei den Vereinten Nationen unsere wichtigsten Botschaften direkt zu übermitteln.

Nach Abschluss der Vereinbarung über eine Waffenruhe zwischen Armenien und Aserbaidschan haben sich für alle Parteien in der Region neue Chancen der Zusammenarbeit ergeben.

Wir, die Türkei, möchten unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn in der Region in eine vertiefte Zusammenarbeit umwandeln.

Wir hoffen, dass Armenien die in gutem Glauben ausgestreckte Hand zur Zusammenarbeit annehmen und die Chance auf eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft nützen wird.

Es ist unser größter Wunsch, dass diese historische Chance nicht aufgrund von realitätsfremden Ambitionen, Parolen und Aktionen verspielt wird.

Jeder, der zu den neuen Gegebenheiten in der Region etwas beitragen will, muss der Politik des Hasses und der Provokation abschwören und sich darauf konzentrieren, die Zusammenarbeit zu fördern.

Wenn ein solcher Geist Einzug hält, dann wird auch die Türkei ihren Beitrag zur Normalisierung mit Armenien leisten.

Wir sind davon überzeugt, dass dieser erfolgversprechende Prozess auf wesentlich zuverlässigere Weise vonstattengehen wird, wenn Aserbaidshan und Armenien ihre Vereinbarung über die Waffenruhe mit einem umfassenden und visionären Friedensvertrag vervollkommen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

82. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 69, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich unseren Vortragenden für ihre Impulse für die heutigen Erörterungen danken. Der Terrorismus stellt nach wie vor eine der größten Bedrohungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit dar. Wenn wir in unseren Bemühungen um die Beseitigung des Terrorismus erfolgreich sein wollen, ist es wichtig, diese Phänomen in all seinen Arten und Erscheinungsformen zu begreifen.

Herr Vorsitzender,

die heutige gemeinsame Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates bietet eine gute Gelegenheit, die Rolle unserer Organisation bei der Unterstützung der weltweiten Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus zu bewerten.

Im Laufe der Jahre hat die OSZE ein ausgeprägtes Profil im Bereich der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus entwickelt, was in Dutzenden von Beschlüssen, Erklärungen und Verpflichtungen Niederschlag gefunden hat. Für diese Entwicklung gab es zwei Hauptgründe.

Erstens waren sich die Teilnehmerstaaten bei allen Differenzen doch einig in ihrer Entschlossenheit zur Bekämpfung des Terrorismus.

Zweitens hat die OSZE auf dynamische Weise mit den Entwicklungen im Bereich der Sicherheit im OSZE-Raum Schritt gehalten. Ein Beispiel dafür ist die Verabschiedung von Verpflichtungen in Reaktion auf die massenhaften Gräueltaten, die von ISIL, der al-Nusra-Front und anderen mit al-Qaida in Verbindung stehenden Gruppen und Gruppierungen gegen Einzelpersonen und Gemeinschaften aufgrund ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihres Glaubens verübt wurden.

Herr Vorsitzender,

am 27. September letzten Jahres begann Aserbaidschan einen Angriffskrieg gegen Arzach und dessen Bevölkerung. Dieser 44-tägige Krieg hat gezeigt, dass die beiden oben genannten Faktoren, die einst für kontinuierliche Fortschritte bei der Bekämpfung des Terrorismus sorgten, nicht mehr zum Tragen kommen. Zwei der 57 Teilnehmerstaaten, nämlich die Türkei und Aserbaidschan, griffen offen auf den Einsatz ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer zurück, um den Konflikt in Bergkarabach zu „lösen“. Bis zu 4 000 dieser Kämpferinnen und Kämpfer wurden von der Türkei aus Syrien und Libyen nach Aserbaidschan gebracht, wo sie gegen Arzach kämpfen sollten. Diese Tatsache wurde von unabhängigen Beobachterinnen und Beobachtern vor Ort sowie von internationalen Medien wie Reuters, dem *Guardian*, der BBC und vielen anderen ausgiebig thematisiert und dokumentiert. Sie wurde auch von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen über den Einsatz von Söldnern anerkannt, die auf „weit verbreitete Berichte“ verwies, „wonach die Regierung von Aserbaidschan mit Unterstützung der Türkei syrische Kämpfer einsetzte, um ihre militärischen Operationen in der Konfliktzone Bergkarabach, auch an der Front, zu verstärken und aufrechtzuerhalten“.

Herr Vorsitzender,

die Notwendigkeit einer vollständigen Umsetzung der OSZE-Beschlüsse im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus ergibt sich nicht nur aus den politischen, sondern auch aus den völkerrechtlichen Verpflichtungen. Der Zweck der OSZE als weltweit größter regionaler Sicherheitsorganisation besteht darin, Frieden und Sicherheit zu fördern und mit unerschütterlicher Entschlossenheit ihre Prinzipien und Werte zu schützen. Dass sie jedoch eine Reaktion auf den Einsatz ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer im Arzackkrieg vermissen hat lassen, zeigt, dass unsere Organisation ihren Zweck derzeit anscheinend nicht erfüllt. Die OSZE kann und darf angesichts von Sicherheitsherausforderungen und der Missachtung ihrer Prinzipien durch einige Teilnehmerstaaten nicht untätig bleiben. Es ist ihre Pflicht, sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich abschließend auf einige mögliche Konsequenzen der Präsenz ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer im OSZE-Raum eingehen.

Erstens ist eine Instrumentalisierung ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer im Zusammenhang mit anderen Konflikten im OSZE-Raum möglich.

Zweitens können ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer als Stellvertreterheere eingesetzt werden, um die geopolitischen Interessen eines bestimmten Staates zu fördern.

Drittens könnte es, da sich ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer jeder Kontrolle und Rechenschaft entziehen, durchaus zu mehr Terrorakten im OSZE-Raum kommen.

Wir fordern daher die OSZE auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um den vorgenannten Sicherheitsbedrohungen entgegenzutreten.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

82. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 69, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS

Ohne mich hier auf eine Polemik mit der Delegation Aserbaidischans einzulassen, möchte ich kurz von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Verweise auf den angeblichen Einsatz von Söldnerinnen und Söldnern durch Armenien während des letztjährigen Krieges und die Darstellung armenischer Staatsangehöriger als „Terroristinnen und Terroristen“ sind nichts anderes als eine Diffamierungskampagne, die die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von der Tatsache ablenken soll, dass Aserbaidischan in seinem Krieg gegen Arzach ausländische terroristische Kämpferinnen und Kämpfer eingesetzt hat. Zusammen mit den haltlosen Anschuldigungen gegen armenische Diaspora-Organisationen sind sie Teil der Falschdarstellungen, die seit dem aserbaidisch-angriffskrieg gegen Arzach konstruiert werden.

Viele der armenischen Diaspora-Organisationen, die Aserbaidischan zu verleumden versucht, sind seit Jahrzehnten im Bereich der humanitären Hilfe tätig und haben zunächst den Überlebenden des Genozids an den Armenierinnen und Armeniern geholfen und dann den Menschen in Armenien und Arzach nach den Verwüstungen, die das Erdbeben von 1988 und die kontinuierliche Aggression Aserbaidischans angerichtet hatten. Sie können oft auch auf eine solide Erfolgsbilanz in Bezug auf ihren Beitrag zur Entwicklung und zum Wohlstand des jeweiligen Gastlandes und der jeweiligen Aufnahmegesellschaft verweisen.

Abgesehen von den sogenannten „glaubwürdigen“ Berichten aserbaidisch-anischer Medien über den angeblichen Einsatz von Söldnerinnen und Söldnern und humanitären Organisationen zu terroristischen Zwecken durch Armenien hat Aserbaidischan keinerlei Beweise für seine Behauptungen vorgelegt. Besonders lächerlich ist es, dass solche Behauptungen ausgerechnet von Aserbaidischan erhoben werden, einem Land, in dem die unabhängigen Medien von den staatlichen Behörden drangsaliert werden und das für die grassierende Korruption und seine Geldwäscheaktivitäten berühmt-berüchtigt ist.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation
Ständiger Rat

FSC-PC.JOUR/69

14 July 2021

Annex 5

GERMAN

Original: FRENCH

82. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 69, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION FRANKREICHS

Herr Vorsitzender,

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an; ich möchte aber als Vertreterin meines Landes folgende Ergänzung anbringen.

Wir danken Éric Denécé für seine Teilnahme als Vortragender, möchten aber betonen, dass sein heutiger Vortrag im Namen des *Centre Français de Recherche sur le Renseignement* gehalten wurde, eines unabhängigen Forschungszentrums ohne Verbindungen zur französischen Regierung.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation
Ständiger Rat

FSC-PC.JOUR/69

14 July 2021

Annex 6

GERMAN

Original: ENGLISH

82. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR

FSK-StR-Journal Nr. 69, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SLOWENIENS

Herr Vorsitzender,

die folgende Erklärung gebe ich in meiner nationalen Eigenschaft ab.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Slowenien das System für Informationsmanagement und Berichterstattung (iMARS) aufgrund der vielen Vorteile, die es mit sich bringt, nachdrücklich unterstützt.

Wir betrachten iMARS im Bereich der Rüstungskontrolle als wichtigen Schritt nach vorne. Deshalb hat die slowenische Regierung beschlossen, für das Jahr 2021 einen zusätzlichen Beitrag von 7 000 Euro zu dem Projekt zu leisten, dem weitere Beiträge in Höhe von insgesamt 28 000 Euro im Zeitraum 2021 – 2024 folgen sollen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation
Ständiger Rat**

FSC-PC.JOUR/69

14 July 2021

Annex 7

GERMAN

Original: ENGLISH

82. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR

FSK-StR-Journal Nr. 69, Punkt 2 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS
(AUCH IM NAMEN VON ESTLAND UND LETTLAND)**

Herr Vorsitzender,

vielen Dank, dass Sie mir das Wort erteilt haben.

Ich möchte im Namen Estlands, Lettlands und Litauens etwas bekanntgeben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass Estland, Lettland und Litauen Anfang dieser Woche über das OSZE-Kommunikationsnetz ihre nationalen Notifikationen im Format F22 nach dem Wiener Dokument übermittelt haben, in denen sie die Teilnehmerstaaten und das Konfliktverhütungszentrum zu einer gemeinsamen trinationalen Veranstaltung nach dem Kapitel „Kontakte“ einladen.

Estland übermittelte die Notifikation CBM/EE/21/0007/F22/O am 12. Juli.

Lettland sandte die Notifikation CBM/LV/21/0009/F22/O am 13. Juli.

Die Notifikation Litauens trägt die Nummer CBM/LT/21/0006/F22/O und das Datum 12. Juli.

Der gemeinsame Besuch der militärischen Einrichtungen in Tapa (Estland), Ādaži (Lettland) und Rukla (Litauen) findet gemäß Kapitel IV des Wiener Dokuments statt. Drei Truppenteile (Brigaden) sind von der Veranstaltung betroffen.

In Verbindung mit dem Besuch der militärischen Einrichtung in Rukla organisiert Litauen auch die Vorführung eines neuartigen Hauptwaffensystems und Großgeräts, nämlich des Schützenpanzers Boxer unter der litauischen Bezeichnung Vilkas.

Estland, Lettland und Litauen wollten den gemeinsamen Besuch bereits im letzten Jahr durchführen; aufgrund der COVID-19-Pandemie mussten wir ihn jedoch auf dieses Jahr verschieben.

Die Veranstaltung beginnt am 5. September in Estland, wird in Lettland fortgesetzt und endet am 11. September in Litauen. Die Teilnehmerstaaten werden gebeten, auf die Einladung zu antworten und bis Mitte August eine entsprechende F23-Notifikation zu übermitteln.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Teilnehmerstaaten und das Konfliktverhütungszentrum ermutigen, ihre Vertreterinnen und Vertreter zur Teilnahme an dem Besuch der militärischen Einrichtungen Estlands, Lettlands und Litauens zu entsenden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.